

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt“ Nr. 6650-55.

Von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.

Abend-Ausgabe erscheint von 6 bis 7 Uhr abends.

Bestellungspreis für beide Ausgaben: M. 1.20 monatlich, M. 3.60 vierteljährlich, durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beleggeld. M. 4.80 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, einschließlich Beleggeld. — Bezugs-Verhältnisse nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Verlags- und Druckerei, in allen übrigen Teilen des Reichs die Postämter, die Postagenturen und in den benachbarten Ländern und im Ausland die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeilen: 25 Hg. für deutsche Anzeigen; 35 Hg. für ausländische Anzeigen; 1.50 M. für deutsche Anzeigen; 2.50 M. für ausländische Anzeigen. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen ermäßigter Nachschlag. — Anzeigen-Entwurf: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr morgens; für die Morgen-Ausgabe bis 5 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an besonderen Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatt: Berlin W., Potsdamer Str. 121 K. Fernsprecher: Amt Köpen 6702 und 6203.

Montag, 14 Januar 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr. 22. - 66. Jahrgang.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk. Die Sitzung der deutsch-österreich-ungarisch-russischen Kommission.

W. T. B. Brest-Litowsk, 14. Jan. (Drohbericht.) Am 11. Januar konstituierte sich die deutsch-österreich-ungarisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen und hielt am 11. und 12. Januar dreimalige Sitzungen ab, die folgenden Verlauf nahmen: Nach einer kurzen einleitenden Diskussion über formale Fragen der Beratungen wurde zunächst festgestellt, daß an der ersten Stelle des abzuschließenden Vertrages die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den kriegführenden Teilen ausgesprochen werden soll. Dagegen lehnt es Trotsky ab, anschließend hieran auszusprechen, daß die vertragschließenden Teile entschlossen seien, fortan in Frieden und Freundschaft zu leben. Trotsky fand das als eine dekorative Frage, die nicht den Sinn der Beziehungen kennzeichnet, welche zukünftig zwischen dem russischen und deutschen Volke, dem den Völkern Österreich-Ungarns bestehen werde. Er hoffe, daß ganz andere Dinge die Beziehungen zwischen den Völkern beeinflussen würden. Nach einer Diskussion über diesen Punkt wurde beschlossen, auf den Gegenstand in einem späteren Zeitpunkt nochmals zurückzukommen.

Im weiteren Verlaufe der Besprechungen wurde festgestellt, daß ein Einverständnis darüber herrscht, die Räumung der von beiden kriegführenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen Gegenseitigkeit zu stellen, derart, daß die Räumung des besetzten russischen Gebietes an die Räumung der von Russland besetzten Gebiete in Österreich-Ungarn, der Türkei und Persien zu knüpfen sei. In einem späteren Stadium der Verhandlungen wurde Versien aus diesem Zusammenhang gestrichen, weil es nicht kriegführender Teil sei. Trotsky schlug vor, einen Schlußsatz einzufügen: „Russland verpflichtet sich, in möglichst naher Zeit seine Truppen aus dem Gebiete des besetzten neutralen Gebietes herauszuführen“ und fügte hinzu, daß er keinen anderen Grund zu dieser geplanten Änderung habe, als den Wunsch, das schreiende Unrecht zu betonen, das von der früheren russischen Regierung gegenüber den neutralen Ländern begangen worden sei. Hierzu bemerkte Staatssekretär v. Kühlmann, er begrüße diese Erklärung um so mehr, als auf Seiten der Zentralmächte für das alte Kulturland der Verlierer die allerlebhaftesten Sympathien bestünden und sie nichts mehr wünschten, als daß die Verlierer in Zukunft frei von Unterdrückung ihre nationale Kultur pflegen könnten. Es kam sodann die Frage zur

Besprechung, in welchem Zeitpunkt die Räumung der besetzten Gebiete zu erfolgen haben werde.

Der deutsche Vorschlag ging dahin, die Räumung an den Zeitpunkt zu knüpfen, in welchem nach Friedensschluß Russland seine Streitkräfte demobilisiert haben wird. Die Räumung der besetzten Gebiete an die erfolgte Demobilisierung der russischen Streitkräfte zu binden, sei deshalb notwendig, weil die Gefahr vorliege, daß Russland, bevor seine Streitkräfte demobilisiert seien, infolge Veränderung in seinem Regierungssystem und seinen Absichten, jederzeit in der Lage sei, wieder offensive Operationen durchzuführen. Trotsky sprach demgegenüber den Wunsch aus, die Räumung der besetzten Gebiete parallel mit dem Verlauf der beiderseitigen Demobilisierung durchzuführen, worüber nähere Vereinbarungen zu treffen wären. Nach einem Hinweis Kühlmanns darauf, daß nach dem russischen Vorschlag die Räumung der besetzten Gebiete sich bis zum Abbruch des allgemeinen Friedens hinausziehen müsse, wurde die Beratung über diesen Punkt abgebrochen. Es gelangte nun die Frage zur

Erörterung, auf welche Teile der besetzten Gebiete sich die Räumung zu erstrecken habe.

Hierzu führte Staatssekretär v. Kühlmann aus: Wie aus der Definition der Räumung hervorgeht, erstreckt sie sich nur auf diejenigen besetzten Gebiete, welche nach Teilung von Staatsgebieten derjenigen Macht find, mit der der Friede geschlossen wird. Auf solche Gebiete, welche bei Eintritt des Friedens nicht mehr Teile dieses Staates bilden, erstreckt sie sich nicht. Es würde also in eine Untersuchung einzutreten sein, ob und welche Teile ehemaligen russischen Gebiete bei Eintritt des Friedens noch als zum russischen Gebiet gehörig betrachtet werden können. Die russische Regierung hat entsprechend ihren Grundätzen für alle in Russland lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer vollen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert. Wir behaupten, daß in Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechts in allen Teilen der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker de facto bevollmächtigten Kör-

perschaften ihr Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Absonderung von Russland derart ausgeübt haben, daß nach unserer Auffassung diese Gebiete heute nicht mehr als zum russischen Reiche in einem ehemaligen Umfange gehörig betrachtet werden können.

Hierauf erklärte Trotsky: Wir halten unsere Erklärungen in vollem Umfange aufrecht, daß die Völkerschaften, die das russische Gebiet bevölkern, ohne äußeren Einfluß das Recht der Selbstbestimmung haben, und zwar bis zur Losrennung von Russland. Wir können jedoch die Anwendung dieses Prinzips nicht anders anerkennen, als gegenüber den Völkern selbst und nicht etwa gegenüber privilegierten Teilen derselben.

Wir müssen die Auffassung des Vorsitzenden der deutschen Delegation ablehnen, welche dahin ging, daß sich der Wille in den besetzten Gebieten durch die tatsächlich bevollmächtigten Organe äußert hat, denn diese tatsächlich bevollmächtigten Organe konnten sich nicht berufen auf die von uns proklamierten Prinzipien.

Anknüpfend an diese prinzipiellen Äußerungen entwickelte sich eine lange, hauptsächlich in theoretisch geführten Rahmen geführte Debatte über die Frage unter welchen Voraussetzungen und zu welchem Zeitpunkt ein neuer Staat im Wege der Absonderung eines Bestandteiles eines existierenden Staates von diesem entsteht. Staatssekretär v. Kühlmann faßte den Standpunkt der Mittelmächte wie folgt zusammen: Unsere Auffassung geht dahin, daß eine Staatspersönlichkeit entsteht und in der Lage ist, rechtsverbindliche Erklärungen über die Grundlage ihres Daseins abzugeben, sobald irgend ein zur Vertretung und als Sprachrohr geeigneter Vertretungskörper als der Ausdruck des unzweifelhaften Willens der überwiegenden Mehrheit des betreffenden Volkes den Entschluß der Selbstständigkeit und zur Ausübung des Selbstbestimmungsrechts fundiert. Wir scheinen unsere Auffassung dem Charakter und der fundamentalen Wichtigkeit des Selbstbestimmungsrechts erheblich näher zu kommen als die von dem Vertreter der russischen Delegation hier niedergelegte Auffassung. Denn dieser sagte bisher nicht, wie ein Körper entstehen oder beschaffen sein soll, welcher in größenteils noch nicht organisierten, die Volkspersönlichkeit anstrengenden Völkern eine Organisation des Volkes auf breiterer Grundlage vorzunehmen muß, die nach Ansicht des russischen Vorsitzenden Voraussetzung für die Entstehung dieser Rechtspersönlichkeit bildet. Hierbei wies v. Kühlmann auf die Beispiele Finnlands und der Ukraine hin, welche sich so aus dem Sinne deutscherseits entwickelte Grundzüge konstituiert hätten und welchen die Petersburger Regierung die Selbstständigkeit zuerkannt hat, obgleich ihre Entstehung nicht nach den von ihr jetzt vertretenen Prinzipien erfolgt sei.

Demgegenüber hielt Trotsky an dem von ihm vertretenen Standpunkt fest und bemerkte zu den von dem deutschen Staatssekretär ins Treffen geführten Beispielen folgendes: Was Finnland betrifft, so war es nicht diskutiert von fremden Truppen. Der Wille des finnländischen Volkes äußerte sich in einer Art und Weise, die als demokratisch bezeichnet werden kann und muß, und von unserer Seite kommt nicht die leiseste Einwendung dagegen erhoben werden, daß der geäußerte Wille des finnländischen Volkes auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt wird. Was die Ukraine anbetrifft, so ist dort der Prozeß einer derartigen demokratischen Selbstbestimmung noch nicht durchgeführt. Da aber die Ukraine andererseits nicht besetzt ist von ausländischen Truppen und wir auch der Ansicht sind, daß die Räumung des ukrainischen Gebietes durch die russischen Truppen keinerlei Schwierigkeiten bereiten kann, zumal dies eine rein technische und nicht politische Frage ist, so sehen wir keinerlei Hindernisse dagegen, daß die Selbstbestimmung des ukrainischen Volkes auf dem Wege der Anerkennung der unabhängigen ukrainischen Republik erfolgt.

Das Ergebnis der beiderseitigen Ausführungen über diesen Punkt wurde von Staatssekretär v. Kühlmann folgendermaßen zusammengefaßt:

Trotsky schlug vor, daß die Errichtung von Vertretungskörpern, denen die Organisation und Festlegung derjenigen Modalitäten übertragen werden soll, unter denen von uns einstweilen rein theoretisch konzipierten Volksabstimmungen oder Volkskundgebungen auf breiterer Basis erfolgen sollen, während wir auf dem Standpunkt stehen und stehen bleiben müssen, daß man als anderer Vertretungskörper der präsumtive Ausdruck des Volkswillens sind, besonders in der einen vitalen Frage des Willens der Nation, eine Nation zu sein.

In der hieron sich anschließenden

Debatte über den Charakter und die Bedeutung der in den besetzten Gebieten funktionierenden Volksvertretungs-Organen

wiesen Staatssekretär v. Kühlmann und Minister des Äußern Graf Czernin darauf hin, daß nach ihren Eindrücken bei der russischen Delegation während der im Dezember geflogenen Verhandlungen Reigung vorhanden war, die in den besetzten Gebieten bestehenden Volksvertretungen als de facto-Vertretungen anzuerkennen und zu präsumieren, daß ihre Beschlüsse als solche den Willen der betreffenden Völker zum Ausdruck brächten. Man habe sich damals dahin verstanden, daß in einer solchen provisorischen Lösung der Frage, welches der Wunsch der betreffenden Völker hinsichtlich ihrer staatlichen Zugehörigkeit sei, ein großer Schritt zum gemeinsamen Ziele gemacht werden könne.

Herr Joffe, welcher die damaligen Besprechungen führte, erwiderte hierauf, er habe stets die Notwendigkeit betont, die Volksabstimmung in Abwesenheit der okkupierenden Truppen durchzuführen, doch wolle er nicht in Abrede stellen, daß er gebräuchlicherweise erklärt habe, die in einzelnen Teilen Russlands bestehenden Organe könnten für die Begründung der Notwendigkeit der Volksabstimmung allerdings eine gewisse Rolle spielen. Anschließend hieran bemerkte Trotsky, daß die Willensäußerungen solcher Landtage allerdings eine große politische Bedeutung besitzen würden. Er wolle den Teil der Bevölkerung des Landes von der Willensäußerung nicht ausschließen, der auf den Landtagen vertreten sei. Zusammenfassend stellte von Kühlmann fest, daß sich aus den Ausführungen Trotskys zu ersehen scheine, er wäre bereit, die in den besetzten Gebieten vorhandenen Organe der Volksvertretung als provisorische Organe anzuerkennen, wenn diese Landesteile nicht militärisch besetzt seien. Er würde diesen auch die Befugnis zuerkennen, das von ihm geforderte Referendum durchzuführen.

Trotsky erklärte hierauf, daß die Äußerungen von Landtagen, Stadtvertretungen und dergleichen als Äußerungen des Willens eines bestimmten einflussreichen Teils der Bevölkerung aufgefaßt werden könne, die aber nur Grund zu der Annahme bildeten, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Hierauf ergriffe sich die Schlussfolgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, wozu aber die Schaffung eines Organs Vorbedingung sei, das freie Abstimmung der Völker garantieren könne.

In weiteren Verlauf der Besprechungen behauptete Trotsky, daß zwischen den Erklärungen der Zentralmächte vom 25. Dezember und der Formulierung der Punkte 1 und 2 vom 27. Dezember ein Widerspruch bestehe, der aus den Kommentaren der deutschen Presse übrigens deutlich hervorgehe.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte demgegenüber, daß beide Dokumente Ausflüsse desselben Geistes und derselben Politik seien, wie sie der Reichslanzler in seiner programmatischen Rede im Reichstag angekündigt hat. Diese Rede enthielt im Grunde bereits die Deklaration der Verbündeten vom 25. Dezember und erbrachte ebenso auch den Hinweis, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen, Litauen und Kurland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu pflegen beabsichtigt. Des weiteren stellte sich Staatssekretär von Kühlmann auf den Standpunkt, daß die nach Absonderung strebenden Teile Russlands nach Abgabe einer Willenserklärung der jetzt schon bestehenden Organe jetzt schon berechtigt seien, Verabredungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft für gut und nützlich halten würden. Sollten sich in diesen Verabredungen Verfügungen hinsichtlich der Vornahme von Grenzkorrekturen befinden, so sei es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie andere.

Trotsky glaubte in dieser Auffassung eine Untergrabung des Grundabes der Selbstbestimmungsrechte erblicken zu müssen und war die Frage auf, warum denn die Organe der fraglichen Völkerschaften dann nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen worden seien, wenn sie soar das Recht haben sollten, über ihr Gebiet frei zu verfügen. An eine solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen werde aber natürlich nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlungen betrachtet würden.

In Erwiderung auf diese Bemerkungen führte von Kühlmann aus, der Vorrrede habe sich darüber besagt, daß wir hier noch keine Vertreter der besetzten Nationen bei den Verhandlungen haben. Wenn er damit zum Ausdruck bringen wollte, daß auch nach seiner Ansicht diese Völker als Individualitäten geschaffen sind und das Recht der Selbstbestimmung auch ihrer auswärtigen Beziehungen ausüben können, so ist es

meinerseits bei rückhaltloser Anerkennung dieser Voraussetzung von Seiten der russischen Delegation gerne bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form sich die Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen ermöglichen lässt.

Graf Czernin äußerte gleichfalls seine Bereitwilligkeit der Frage der Heranziehung von Vertretern der besetzten Gebiete näher zu treten, fügte aber hinzu, er wünsche zu wissen, in welcher Weise die Auswahl dieser Vertreter getroffen werden soll, wenn von russischer Seite die in diesen Gebieten bestehenden Vertreterkörper nicht als berechtigt angesehen werden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen. Trotzky beantwortete hierauf mit Rücksicht auf die letzten in der Nachmittagsitzung vom 11. Januar abgegebenen außerordentlich wichtigen Erklärungen der Vertreter der Mittelmächte die Sitzung zu vertagen, um es der russischen Delegation zu ermöglichen, eine Beratung abzuhalten und sich mit ihrer Regierung ins Benehmen zu setzen.

Die Besprechungen beim Kaiser.

W. T.-B. Berlin, 14. Jan. (Amtlich.) S. M. der Kaiser und S. M. die Kaiserin nahmen gestern vormittag an dem Gottesdienst in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche teil. Seine Majestät hörte später den Vortrag des Reichskanzlers Grafen Hertling und des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Berlin, 14. Jan. Im „M. L.“ heißt es: Montag nachmittag wurde voraussichtlich der Reichskanzler Graf Hertling der Reichstagspartei über den Inhalt des Ergebnisses der Beratungen Mitteilung machen. Wie das Blatt weiter erzählt, sei auch der deutsche Gesandte im Haag Baron v. Rosen in Berlin eingetroffen. Desgleichen sei Reichshofrat Graf Bernstorff nach Berlin berufen worden.

Berlin, 14. Jan. Hindenburg und Ludendorff hatten gestern eine längere Konferenz mit dem Reichskanzler Grafen v. Hertling, die dem Empfang beim Kaiser vorausging. Für heute ist eine Besprechung beim Kaiser angesetzt, an der Hindenburg, Ludendorff, der Reichskanzler, der Unterstaatssekretär von dem Busche und andere Persönlichkeiten teilnehmen werden. Reichschatzsekretär Graf Kiebern leidet noch immer an einer leichten Erkältung.

Pichons Erklärungen.

W. T.-B. Paris, 13. Jan. Pichon fuhr in seiner Rede fort: Auch Präsident Wilson bestätigt, daß zwischen den von ihm und von den Alliierten aufgestellten Grundsätzen kein Unterschied besteht. Wilson verlangt die Aufhebung der wirtschaftlichen Schranken, die Klüftung der russischen Gebietsteile, die Klüftung der ungarischen, die Wiederherstellung Belgiens, Rumaniens und Serbiens und die Wiedergutmachung des Frankreich 1871 verursachten Schadens. Das waren die Stellen in den Erklärungen des Präsidenten, die den härtesten Beifall fanden. Alle Tribünen und die ganze Versammlung brachen in Beifallstürmen aus. (Lebhafter Beifall.)

Diese Erklärungen, die nach denen Lloyd Georges kamen, verleihen unseren Forderungen den weltumfassenden Charakter.

Was wir wollen, ist Friede und Gerechtigkeit, geheiligt durch die Wiederherstellung des 1871 verletzten Rechtes, die höher steht als alle herrschaftlichen Volksabstimmungen. Alle Erklärungen der Alliierten stimmen überein. Freilich sind sie nicht gleichbedeutend in der Form, aber sie sind es in der Sache. Albert Thomas beschuldigte uns, wir hätten es an Initiative fehlen lassen. Er verurteilte uns. Ich habe seine Rede vom 27. Dezember am folgenden Tage unseren Alliierten telegraphiert, um sie zu fragen, ob es nicht angemessen wäre, verabschiedete Erklärungen abzugeben. Die Frage wurde verneint. Unsere Alliierten waren einstimmig der Meinung, daß es vorzuziehen sei, gesonderte Erklärungen abzugeben. — Auf die Aufforderung Montells, die Antworten zu verlesen, erwiderte Pichon: Ich weiß nicht, welcher Art die zukünftige Diplomatie sein wird.

Aus Kunst und Leben.

* Königl. Schauspiele. Am Sonntag gab Dancloze Ziegler, die es so rasch verstanden hat, sich in die Gunst des hiesigen Publikums einzufinden, einen eigenen Abend. Als erstes gelangte Henry Berens' großartiges Minusdrama „Die Hand“ zur Aufführung, ein Werkchen, das von früher her noch wohl bekannt ist, ergiebt es doch hier wie anderswärts feinergeleitet. Wenn die Hand des Gendarmen weiß und gespenstisch in die Falten des roten Vorhangs greift, wenn Bivette, die Tänzerin, inmitten ihrer Tanzübungen plötzlich im Stuhl zum erstenmal die Hand sah, dann ging ein Erschauern durch das Haus. Demals gab Fräulein Arnst die Bivette, gab sie mit vornehmlichem Chöre und schauspielerischer Gewandtheit. Die Bivette des Fräuleins Ziegler ließ diese beiden Eigenschaften vermissen. Am hübschesten gelang ihr das rein Choreographische, der Augenblick, da sie ihren neuesten Tanz einübte. Ausgezeichnet gab Herr Hermann den Einbrecher, sehr elegant Herr Steinbeck den Diebstahl und „Netter in der Not“. Der zweite Teil des Abends war nur eigenen Tönen gewidmet. Und auch da trat es charakteristisch in die Erscheinung, daß das rein Choreographische, stark rhythmische Fräulein Ziegler sehr hübsch gelang, während Musik, die eine wirkliche geistige Durchdringung verlangt, einbrudelt vorübergeht, da sie von der humanen Künstlerin durchaus nicht erfasst wurde. Es sei dabei besonders an Chopins herrliches Märchen in Des-Dur gedacht. Dagegen brachte sie Chopins Minuten-Walzer, als Kreisel dargestellt, wunderbar, ebenso den hier schon so wohl bekannten Robert-Marsch, der den Schluß des Abends bildete, und den Fräulein Ziegler, gleich dem Kreisel, in unermüdlicher Geduld wiederholte. Zu jedem Tanz zeigte Fr. Ziegler ein anderes apertures Kostüm, zu jedem Tanz zeigte die Bühne einen anderen Hintergrund — oder nicht immer — sehr gelungenen Hintergrund, so daß schon rein äußerlich eine gewisse Wirkung erzielt wurde. Aber der Rahmen des Posters ist doch etwas wech, um für eine derartige Veranstaltung stark künstlerische Wirkungen auszulösen, und Fräulein Ziegler's Können ist doch noch etwas zu eng begrenzt, um einen ganzen Abend zu fesseln. Das Haus freilich war ganz ausverkauft, und das Publikum zeigte sich sehr befriedigt. R. v. N.

Ich lebe mit der gegenwärtigen Diplomatie und versichere, ich werde niemals darin einwilligen, unsere diplomatischen Verhandlungen der Öffentlichkeit auszuliefern.

(Lebhafter Beifall auf der linken, im Zentrum und auf der rechten.) Die Methode der getrennten Noten hat Nachteile. Die Hauptsache ist, den Sieg davonzutragen, ohne den alle Erklärungen keinen Sinn haben. Wesentlich ist auch, daß wir fest sind in den mit unseren Verbündeten getroffenen Abkommen. Solche haben wir mit Italien, Serbien, Rumänien, mit mehreren unserer Alliierten, und um nichts in der Welt werden wir sie beschwen. Es heißt endlich auch geschlossen auf der Linie bleiben, die wir uns gezeichnet haben, im gemeinsamen Willen, einander zu helfen. Man spricht von einer gemeinsamen Note. Denken Sie doch, daß es gegenwärtig nicht weniger als 17 Mächte sind, die sich im Kriege gegen Deutschland befinden. Ist es nötig, sie alle einzuladen, neuerdings ihre Kriegsziele für die Befreiung der Menschheit zu formulieren, oder muß man eine Auswahl unter ihnen treffen, oder endlich vor der notwendigen Stunde eine Art Vortragskonferenz einberufen? Glauben Sie, daß hier etwas anderes vorliegt als eine Wortklauberei? — Albert Thomas: Heute haben wir vor uns die Erklärungen von Lloyd George und die 14 Artikel des Präsidenten Wilson. Man kann wohl glauben, daß gemeinsame Erklärungen abgegeben werden können. In den vierzehn Artikeln des Präsidenten Wilson sind die Fragen der Durchführung behandelt, besonders bezüglich Serbiens, Rumaniens und Bulgariens. Es ist daher möglich, diese Punkte zu präzisieren. — Clemenceau: Das ist gerade das, was wir vorge schlagen haben. — Aristide Briand: Ich wurde in dem Augenblick, wo die Umstände schwierig waren, berufen, um namens der Alliierten Wilson zu antworten. Es war davon im Laufe dieser Debatte die Rede. Diese Antwort war schwierig abzuschaffen. Sie wurde überdacht, und ich glaube sagen zu können, Albert Thomas, der damals mein Mitarbeiter war, der ihren Inhalt kannte, wird mir nicht widersprechen, daß wir uns damals einem doppelten Ereignis gegenübersehen: Erstens einer Friedensoffensive, die von Deutschland ausging, unter nichtigenden, ungenannten Bedingungen, die eine vernünftige Antwort herausforderten. Diese Antwort wurde gegeben. Dann wandte sich Wilson an die Kriegführenden und sagte zu ihnen: „Gibt mir eure Kriegsziele an.“ Wir dachten, daß man zu dem Präsidenten der großen amerikanischen Republik der Vereinigten Staaten Vertrauen haben müsse. Wir redigierten unsere Kriegsziele im Einklang mit den damaligen Umständen und den Bedürfnissen des Augenblicks. Man kann heute sagen, gewisse Vereinbarungen wären besser nicht getroffen worden, aber bedenken Sie, daß, wenn gewisse Vereinbarungen unter dem Druck der Stunde nicht getroffen worden wären, sich die Fragen nach dem Erfolg Frankreichs nicht mehr würden lösen lassen, weil es dann auf den Schlachtfeldern isoliert geblieben wäre gegenüber seinem Angreifer. Die Hauptsache war, als befreundeten Kräfte gegen den gemeinsamen Feind zusammenzufassen. (Schluß folgt.)

Der Tagesbericht vom 14. Januar.

W. T.-B. Großes Hauptquartier, 14. Jan. (Amtlich.)

Weitlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Die Feuerartillerie blieb tagüber meist auf Stützpunkten beschränkt. In einzelnen Abschnitten, besonders bei Leers, war sie am Abend gesteigert.

Aufklärungsabteilungen brangen südlich von Armentières und nördlich von La Bacquerie in die englischen Gräben ein und machten Gefangene.

Heeresgruppen Deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht.

Abgesehen von erfolglosen Erkundungsgesängen in der Gegend von Juvin-court und auf dem Westufer der Maas verlief der Tag ohne besondere Ereignisse.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Westlich vom Ochridasee, am Dobropolje und südwestlich vom Doiransee Artillerietätigkeit.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Tagesbericht vom 13. Januar.

W. T.-B. Großes Hauptquartier, 13. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Östlich und nordöstlich von Armentières sowie in der Gegend von Lens war die englische Artillerietätigkeit tagüber gesteigert, auch in den anderen Abschnitten lebte sie vorübergehend auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

An vielen Stellen der Front Artilleriekampf. Stärkere französische Abteilungen, die nördlich von Reims, in der Champagne und nördlich der Avescourt zur Erkundung vorstießen, wurden im Nahkampf zurückgeworfen. Südwestlich von Ouzes trafen die eigenen Unternehmungen Gefangene ein.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Auf den östlichen Maasböden und in den mittleren Vogesen zeitweilig erhöhte Feuerartillerie.

In zahlreichen Luftkämpfen wurden gestern sechs feindliche Flugzeuge und drei Fesselballons abgeschossen.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische und italienische Front.

Die Lage ist unverändert.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Admiralsabmeldungen.

W. T.-B. Berlin, 12. Jan. (Amtlich.) Neue U-Boote, erfolge im wöchentlichen Teil des Sperrgebietes am England: 19 000 Bruttoreisientonnen.

In Küsten und geschützten Gewässern schloß eines unserer U-Boote unter erheblicher feindlicher Gegenwehr vier große Dampfer aus stark gesicherten Geleitzügen heraus. Bei einem nächsten Angriff auf einen starken Geleitzug gelang es dem U-Boot durch schnelle Manöver einen feindlichen U-Bootszerstörer derart zu beschädigen, daß dessen Verlust mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist. Das U-Boot nahm hierbei außer einer leichten Beschädigung am Bug keinerlei Schaden.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

W. T.-B. Berlin, 13. Jan. (Amtlich.) Bei starker Bewachung und unter starker Gegenwirkung, die vielfach auch durch feindliche Luftstreitkräfte ausgeübt wurde, versenkten unsere U-Boote im Armeikanal und an der englischen Ostküste fünf größere Dampfer. Die Mehrzahl der Schiffe war tief beladen und besetzt. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Wiesbadener Nachrichten.

— Staats- und Gemeindesteuer. Die Zahlung der 4. Rate hat zu erfolgen am 15., 16. und 17. Januar von den Steuerpflichtigen der Steuern mit den Anfangsbuchstaben A und B. Die auf dem Steuerzettel angegebene Summe ist maßgebend.

— 24 000 M. unterschlagen. In Untersuchungsloft genommen wurde ein hier bei seinen Eltern wohnender, in einem Viehhändler Geschäft tätiger Handlungslehrling wegen Veruntreuung in erheblicher Höhe. Der leichtsinnige junge Mann, welcher im Alter von kaum 18 Jahren steht, hatte in seinem Geschäft eine Reihe von Scheckformularen unterschrieben, welche er mit der nachgezeichneten Unterschrift seines Vaters unterschrieben, mit hohen Beträgen ausfüllte, und die er dann bei hiesigen Bankgeschäften zu Geld machte. Es handelt sich um einen betragsmäßig beträchtlichen Gesamtbetrag von 24 000 M., welcher sich auf 5 Monate verteilt. Das Geld verpflandte der Furch in einem hiesigen Variété und Kaffee

— Königl. Schauspiele. Am Sonntag ging R. Wagner's romantische Oper „Lohengrin“ in Szene. „Ob Ost, ob West“ — das geht allen gleich? Was deutsches Land heißt, stieße Kampfesherren; dann schmeißt wohl niemand mehr das Deutsche Reich! —, solche Worte des Königs Heinrich müssen wohl in unseren Tagen die Seele der Zuschauer innerlich bewegen! Sie müssen aber auch so frisch und heftig gesungen und so deutlich betont sein, wie diesmal durch Herrn Ripnis. Dieser talentvolle junge Sänger hat sich schon kürzlich in Verdio „Troubadour“ gut bewährt; es gelang ihm da sogar, die schattenhafte Figur eines „Anhängers“ zu Bedeutung zu bringen. Auch in der neuen Rolle des „Königs“ bestand er mit Glanz. Besonders das gütige, frommsinnige und auch jenes kampfesherrenhafte Element im Wesen der Gestalt sprach sich natürlich und lebendig aus; weniger vielleicht das Erhabene, Majestätische, dazu es Herrn Ripnis darstellerisch noch zuweilen an Ruhe und Größe der Gebärden und gestisch an Kraft und Ausbreitung in der tieferen Tonlage gebricht. Doch immer dürfte man an der mit künstlerischen Ernst durchgeführten Darstellung seine Freude haben. Gleiche Freude an dem „Heerführer“ des Herrn Oser: er hat zwar nicht die faszinierende Stimme unseres Gelfe-Winkel; aber genug, daß er seine Rolle, wie sich gehört, „laut und hell“ erschallen ließ. Sein Organ, das sich mit der Zeit gewiß noch freier entwickeln wird, zeigt viel Klang- und Tragfähigkeit, und jedes Wort blieb klar und deutlich vernehmbar. Die Hauptpersonen des Dramas nicht zu vergessen: Herr Streib als „Lohengrin“ zeigt jetzt vermehrte Sicherheit im Auftreten; und seine musikalische Durchführung charakterisiert sich durch gefangenen Ausdruck, Souffert und Gefühlswärme. Fräulein Geyerbach als „Elsa“ — von mädchenhafter Helle der Stimme und suggestiver Empfindungsreinheit; musikalisch gestützt bis in die feinsten Nuancen (ein vornehmer Einsatz im 1. Finale wurde sofort wieder ausgeglichen), und lasterlich — ein Bild schwärmerischer Herzgenossin. Herr de Garmo, „Heinrich“ und Fräulein Englerich „Ortrud“ — bekannte Gesangsleistungen, die jedes weitere Lob des Lobes überflüssig machen. O. D.

* Residenz-Theater. Hans Sturm und Reichs-Räuber's neuestes Räuberlied „Das Extraportale“ wurde am Sonntag bei der Aufführung außerordentlich beifällig aufgenommen.

Kleine Chronik.

Wissenschaft und Technik. Erziehungsbefehlrat Dr. Ritter v. Angerer, der bekannte Vertreter der Chirurgie des kaiserlichen Hofes, ist im Alter von 68 Jahren gestorben.

